

# NACHRICHTEN

Ausgabe 118, Mai 2020

Zeitung der **KPO** ZELTWEG

www.kpoe-steiermark.at

Informationsblatt der steirischen KPÖ. Österreichische Post/AGPostengelt bar bezahlt RM 18A041806 E, Aufgabe: 8720

## Was ist uns der Sport wert?

In der Gemeinderatssitzung am 30. April 2020 wurde beschlossen die Förderungen der Sportvereine in diesem Jahr um 10% zu reduzieren. Nur die KPO war dagegen.

**Die** Kürzung wurde mit einem Einbruch bei den Einnahmen der Gemeinde begründet. Die Vereine würden dadurch ihren Beitrag leisten. Die Ersparnis beläuft sich auf 4.800 Euro. KPÖ-Gemeinderat Peter Lorberau wies darauf hin, dass das im Vergleich zum Gesamthaushalt vom ca 25 Millionen, ein sehr geringer Betrag ist, der an der Finanzlage der Stadtgemeinde nichts ändert, die Vereine aber in Schwierigkeiten bringen könnte.

**Auch** den Vereinen stehen finanzielle Einbußen bevor. Sie können derzeit keine öffentlichen Veranstaltungen abhalten und haben daher in diesem Bereich keine Einnahmen. Einschränkungen werden zumindest noch über den Sommer bestehen bleiben.

**Zumindest** die geplante Reduktion der Jugendförderung, wurde noch zurückgenommen. Dies wäre gerade in dieser Situation ein fatales Zeichen gewesen.

### ÖVP für weitere Kürzungen?

**Der** ÖVP, die schon in der Vergangenheit für Kürzungen bei den Vereinen eingetreten ist, ging es offensichtlich nicht weit genug. Sie forderte den Tagesordnungspunkt abzusetzen und zu evaluieren.

**Die** KPÖ hat einen Antrag für die volle Höhe der Förderungen eingebracht. In seiner Begründung schlug GR Peter Lorberau vor, über



eine Erhöhung der Förderungen, die bekanntlich vor wenigen Jahren schon einmal gesenkt wurden nachzudenken. Leider stimmten die anderen Fraktionen gegen diesen Antrag.

**Ein** wichtiger Beitrag der Vereine ist es, eine funktionierende Struktur, auch in der Krise und darüber hinaus, zu bieten.

**Alle** haben sich zur Unterstützung der Vereine bekannt. Offensichtlich nur ein Lippenbekenntnis.

**Die** Vereine, egal ob im sportlichen oder kulturellen Bereich, sind wichtig für eine funktionierende Gesellschaft. Gerade in der Krise müssen sie ausreichende Unterstützung bekommen um diese Funktion erfüllen zu können.

**KPO** sozial - ehrlich - kompetent - konsequent

# Die Corona Krise braucht soziale Antworten

Das Leben im Murtal hat sich, wie auf der ganzen Welt, dramatisch geändert: Einschränkungen der persönlichen Freiheit, ein Niederrufen der Wirtschaft und ein Stillstand im gesellschaftlichen und kulturellen Leben wie wir es uns vor der Corona-Krise nicht hätten vorstellen können. Viele sind betroffen, die längerfristigen sozialen und wirtschaftlichen Auswirkungen sind noch gar nicht abschätzbar. Wir haben KPÖ-Gemeinderat Peter Lorberau interviewt.

## Die Corona-Krise hat einige europäische Länder härter getroffen als andere, warum?

In Italien oder Spanien wurde das Gesundheitssystem in den letzten Jahren radikal gekürzt und privatisiert. Damit wurden EU-Vorgaben umgesetzt. In Österreich ist der Abbau zum Glück noch nicht so massiv. Doch auch bei uns wurde vieles verschlechtert. Im Bezirk Murtal gab es 2009 noch 512 Spitalsbetten, die wurden auf aktuell 450 reduziert. Nach den Plänen der ÖVP/SPÖ-Landesregierung soll die Bettenzahl bis 2025 auf 433 sinken. Die Zahl der Intensivbetten ist von 21 auf 18 gesunken, 2025 soll es nur noch 17 sein.



## Was können wir daraus lernen?

Bettenreduzierungen und Spitalsschließungen sind der falsche Weg. In Krisenzeiten zeigt sich wie notwendig Reserven sind. Es ist auch wichtig, dass es nicht nur große Zentralkrankenhäuser gibt. Denn wenn diese z.B. auf Grund von Infektionen geschlossen werden müssen, bricht die Versorgung ganzer Regionen weg. Auch die Privatisierung im Gesundheitssystem dient nicht den kranken Menschen sondern den Profiten.

## Wie ist hier die Haltung der KPÖ?

Wir als KPÖ fordern seit Jahren den Kahlschlag im Gesundheitssystem zu stoppen. Der von ÖVP und SPÖ beschlossene „regionale Strukturplan Gesundheit“, der Bettenreduzierungen und Spitalsschließungen vorsieht, muss geändert werden. Einen entsprechenden Antrag hat die KPÖ bereits im Landtag eingebracht. Gerade so sensible Bereiche wie Gesundheitswesen oder Pflege gehören in öffentliche Hand, Gewinnstreben hat hier nichts verloren.



## Was sollte sich noch ändern?

Die schwere und verantwortungsvolle Arbeit im Gesundheits- und Pflegebereich muss aufgewertet werden. Der Personalnotstand muss durch eine Verbesserung der Bezahlung und der Arbeitsbedingungen und nicht durch die Ausbeutung billiger Pflegekräfte aus dem Ausland behoben werden.

## Welche Rolle spielt die EU?

In den vergangenen Jahren hat die EU – auch von Österreich – eine massive Senkung der Gesundheitsausgaben gefordert. Wie schon in der Finanzkrise zeigt sich auch in der Corona-Krise: Die EU ist keine Solidargemeinschaft. Ihr Zweck ist es die Rahmenbedingungen zu schaffen, dass Konzerne und Banken möglichst hohe Gewinne machen können, zB. durch eine Privatisierung des Gesundheitswesens. Während sich in der EU Ländern gegenseitig Schutzmasken wegekauft haben, schickten China oder Kuba medizinisches Personal und Material in Gebiete in denen diese besonders notwendig waren.

## Stichwort medizinische Produkte. Vieles ist derzeit auf dem Markt schwer und teuer zu bekommen.

Auch hier zeigt sich der Wahnsinn des globalisierten Kapitalismus. Um Gewinne zu steigern wurde die Produktion nach Asien verlegt. Wir müssen in diesem Bereich unabhängiger werden, vor allem durch regionale Produktion.

### Was müsste anders laufen?

Insbesondere im Bereich der Grundversorgung müssen der Staat und auch die Gemeinden wieder an Einfluss gewinnen. Wichtige Produktionen gehören in die öffentliche Hand. Vielleicht wäre das auch eine Chance. Unsere Region könnte sich z.B. um die Produktion von medizinischen Gütern bewerben. Was regional produziert werden kann soll regional produziert werden. Man sichert dadurch Arbeitsplätze und wird krisensicherer.

### Viele Menschen bangen um ihre Existenz.

Schon vor der Krise gab es viele Menschen die mit sehr wenig Geld auskommen mussten. Laut Umfragen haben 43 Prozent der Haushalte nun weniger Einkommen als vor der Corona-Krise, und niemand weiß wie lange die Situation noch andauern wird.

Soll sich der steirische Landtag dafür einsetzen, dass das **Arbeitslosengeld auf 70%** erhöht wird?

So stimmten die Parteien im Landtag

Antrag eingebracht		
<b>KPO</b> ✓	<b>SPÖ</b> ✗	<b>ÖVP</b> ✗
<b>FPO</b> ✓	<b>DIE GRÜNEN</b> ✓	<b>neos</b> ✗

Es braucht eine Vielzahl an Maßnahmen. In Österreich ist das Arbeitslosengeld mit einer 55%-igen Ersatzrate extrem niedrig. Wir fordern eine deutliche Anhebung, so würde auch die Massenkaukraft weniger wegbrechen. Wir haben einen Antrag eingebracht, die Landesregierung solle sich beim Bund für eine Anhebung auf 70 Prozent einsetzen. Dieser Antrag wurde von ÖVP und SPÖ(!) abgelehnt.

Wir brauchen auch Investitionsprogramme für sinnvolle und nachhaltige Projekte. Unsummen werden z.B. für die Eurofighter ausgegeben. Investitionen in die Erzeugung medizinischer Produkte und Medikamenten würden sinnvolle Arbeitsplätze schaffen.

### Die Regierung hat Milliarden an Unterstützungsgeldern zugesagt?

Ja, aber es ist wichtig dass rasch geholfen wird und dass die Gelder auch dort ankommen wo sie wirklich gebraucht werden. Es darf nicht sein, dass Großbetriebe viele Millionen bekommen und Kleinunternehmen mit Kleinstbeträgen abgespeist werden. Bei Förderungen müsste auch die Ertragslage der vergangenen Jahre einbezogen werden. Wenn die öffentliche Hand höhere Fördungen vergibt muss sie dafür auch Firmenanteile bekommen.

### Was kann die Gemeinde tun?

Wichtig war die Gebühren für Kindergärten- und Musikschule und Delogierungen auszusetzen. Die Gemeinde muss sich überlegen wie sie ihren BürgerInnen entgegnet. Auch über die Höhe der

Gebühren wird man noch einmal reden müssen.

Das kulturelle Leben in der Gemeinde verdient besondere Aufmerksamkeit. Wir haben uns gegen die Kürzung der Sportförderungen ausgesprochen und treten dafür ein, dass betroffene Vereine so gut wie möglich unterstützt werden

### Auch den Gemeinden entgehen viele Einnahmen.

Die Gemeinden bekommen schon seit Jahren zu wenig Geld von Bund und Land. Das kritisieren wir schon lange. Mit der Krise werden die Finanzprobleme noch viel größer. Es braucht auch für die Gemeinden ein Hilfspaket.

### Nach dieser Krise wird sich die Frage stellen wer für die Folgen bezahlt.

Eine Reichensteuer und eine Erbschaftssteuer sind das Gebot der Stunde. Jene Konzerne, Banken und Spekulanten, die an der Krise verdienen, müssen einen besonders hohen Beitrag zahlen. Österreich ist Schlusslicht in Sachen Vermögensbesteuerung. Das war schon vor der Krise eine Ungerechtigkeit und ist nun angesichts der schwierigen Lage untragbar.



### Gibt es Profiteure dieser Krise?

Natürlich, z.B. Internetgiganten wie Amazon, die dazu kaum Steuern bezahlen, die Hersteller medizinischer Schutzausrüstungen oder Spekulanten, die auf fallende Kurse wetten. Ein Teil der vielen Rettungsmilliarden wird am Kapitalmarkt aufgenommen werden, das bringt einiges an Zinsgewinnen. Es ist zu befürchten, dass viele Klein- und Mittelbetriebe die Krise nicht überleben. Wer übrig bleibt hat weniger Konkurrenz und dann noch mehr Marktmacht und Gewinn. Ich befürchte auch, dass die Krise als Vorwand genommen wird um Arbeitsrechte oder Beschränkungen auszuhebeln. Die Handelskonzerne fordern z.B. schon jetzt die Sonntagsöffnung.

### Wie hast du die letzten Wochen verbracht?

Die ersten Wochen des Lockdown war ich fast ausschließlich Zuhause. Man findet so auch Zeit für Dinge, zu denen man sonst nicht kommt.

Dennoch freue ich mich sehr auf gemeinschaftliche Ausfahrten mit dem Motorrad.

## Starke Einnahmenverluste zu erwarten: Wir brauchen einen Schutzschirm für die Gemeinden!

Die Ertragsanteile (Anteil der Gemeinden an den Steuereinnahmen des Bundes) und die Kommunalabgabe (eine Steuer, die Betriebe an die Gemeinde entrichten) sind die wichtigsten Einnahmequellen der Gemeinden. Durch die Corona-Krise sind hier gewaltige Einnahmeverluste zu erwarten.



**Die** Einnahmen aus Steuern, wie der Lohnsteuer, der Mehrwertsteuer oder der Mineralölsteuer gehen gewaltig zurück. Dadurch bekommen auch die Gemeinden weniger Ertragsanteile. Durch Kündigungen fließt weniger Kommunalabgabe. Außerdem hat die Bundesregierung beschlossen, dass Betriebe bei Kurzarbeit keine Kommunalabgabe bezahlen müssen. Eine Erleichterung auf Kosten der Gemeindefinanzen. Für unsere Gemeinde wird nach bisherigen Schätzungen im schlechtesten Fall mit einem Einnahmerückgang von rund 2 Millionen Euro gerechnet.

**Diese** Einnahmeverluste müssen durch Ausgleichszahlungen des Bundes ausgeglichen werden.

**Die** Gemeinden müssen ihren Leistungen aufrecht erhalten und weiter in ihre Infrastruktur investieren können. Fehlt den Gemeinden das nötige Geld trifft das sowohl die BürgerInnen, als auch die Wirtschaft.

**Gibt** es keinen Ausgleich der fehlenden Gemeindeeinnahmen durch den Bund, drohen Kürzungen bei den Gemeindeleistungen und Gebührenerhöhungen. Viele Menschen haben durch die Corona-Krise ohnehin weniger Einkommen und können keine zusätzlichen Belastungen verkraften.

**Genauso** wie für die Wirtschaft braucht es auch für die Gemeinden einen Schutzschirm. Sonst geraten die Gemeinden unter Druck Gemeindeeigentum zu verkaufen, der Privatisierungswahn würde weitergehen. Die PolitikerInnen aller Parteien sind aufgerufen sich für Ausgleichszahlungen an die Gemeinden einzusetzen.

### Antrag der SPÖ angenommen

**Die SPÖ hat in der letzten Gemeinderatssitzung den Antrag für eine Resolution an Bundesregierung und Parlamentsparteien eingebracht. Darin wurde ein Maßnahmenpaket für die finanzielle Absicherung der Gemeinden gefordert. Wir haben diesen guten Antrag gerne unterstützt, er wurde angenommen.**

Als KPÖ ist uns insbesondere wichtig, gegen einen Privatisierungsdruck auf die Gemeinden aufzutreten. Privatisierungen von kommunalen Leistungen, wie zum Beispiel Gemeindewohnungen würden zu Verschlechterungen führen. Außerdem sprechen wir uns für die Abschaffung der Landesumlage aus.

### Gemeinderatswahl am 28. Juni

Die für 22. März geplanten Gemeinderatswahlen wurden auf Grund der Corona-Krise verschoben, nun wird am 28. Juni gewählt. Der vorgezogene Wahltag hat bereits stattgefunden, die abgegebenen Stimmen behalten ihre Gültigkeit.

Viele BürgermeisterInnen von SPÖ und ÖVP haben sich für einen Termin vor dem Sommer ausgesprochen. Die Gemeindefinanzen werden auf Grund der Corona-Krise einen gewaltigen Einbruch erfahren. Deshalb haben viele BürgermeisterInnen Interesse daran rasch zu wählen bevor Differenzen um die Finanzierung der Gemeinden und Kürzungen bei verschiedenen Gemeindeleistungen spürbar werden.

### Eurofighterflüge einsparen!

Die Wirtschaft, die Sozialkontakte und das kulturelle Leben sind in den letzten Wochen heruntergefahren worden.

**Nur** die Eurofighter sind nach wie vor über das Murtal gedonnert. Uns droht eine enorme Staatsverschuldung. Es ist unverständlich dass in Zeiten wie diesen die Eurofighterflüge nicht eingespart wurden.



**P.S.:** Eine Eurofighterflugstunde kostet zwischen 70.000 und 80.000 Euro. Ein Eurofighter erzeugt pro Flugstunde rund 11.000 kg CO<sub>2</sub>.

**Impressum:** Medieninhaber, Herausgeber, Verleger: KPÖ-Knittelfeld-Zeltweg, Friedensstraße 10, 8720 Knittelfeld. F.d. Inhalt verantwortlich: Josef Meszlenyi. Druck: Fa. Gutenberghaus



Gedruckt nach der Richtlinie „Druckerzeugnisse“ des Österreichischen Umweltzeichens, UZ-Nr. 944, 8720 Knittelfeld

## Ja zur Schulsanierung

Der Gemeinderat hat in der letzten Sitzung einige Beschlüsse zum Projekt Schulsanierung gefasst. Fast alle Fraktionen waren sich einig, dass Bildung trotz der Krise Priorität haben muss. Nur Grün-Gemeinderat Anton Hartleb und der fraktionslose Gemeinderat DI Thomas Tragner stimmten dagegen.

**Schon** im Vorfeld der Sitzung erreichte uns eine Stellungnahme der Grünen Bürgerliste. Darin wird das Projekt Bildungskampus und die notwendige Modernisierung der Schulausstattung als „Luxus-Projekt“ bzw. „Luxus-Ausstattung“ bezeichnet

**Die** KPÖ tritt für bestmögliche Bildung, in allen Bereichen, ein. Eine zeitgemäße Adaptierung von Schulen kann kein Luxus sein. Es ist besonders befremdlich, dass gerade die Grüne Gemeinderatsfraktion einen Stopp des Projekts und nur „absolut notwendige“ Sanierungen fordert, wo die Grünen doch immer die Wichtigkeit der Bildung betonen.

**Auch** der Kritik von Gemeinderat Tragner können wir wenig abgewinnen. Er stimmte mit Verweis auf die angespannte Wirtschaftslage gegen das Projekt. Die Gemeinden sind aber der Motor der Region, sie brauchen ausreichend Mittel um wichtige Investitionen zu tätigen, das sichert auch Arbeitsplätze.

## Hoch der 1. Mai

Heuer gab es wegen der Ausgangsbeschränkungen zum ersten Mal keine Mai-Demonstration der KPÖ in Graz. Die Auswirkungen der Krise lassen befürchten, dass es bald nötig sein wird, dass die arbeitenden Menschen für ihre Rechte kämpfen. Wir haben durch Flugzettel an den 1. Mai erinnert.



## Zeltweger

### NACHRICHTEN

#### Herzlichen Dank

Einige ZeltwegerInnen haben uns eine Spende für unsere Zeitung geschickt. **Wir bedanken uns herzlich!** Wenn auch Sie uns eine Spende für unsere Zeitung geben wollen, unsere Bankverbindung: Steiermärkische Sparkasse, IBAN: AT052081526000000617

## Unser Büro ist wieder offen

Auf Grund der Corona-Ausgangsbeschränkungen mussten wir unser Büro in Knittelfeld schließen. Für Menschen, die Unterstützung gebraucht haben, waren wir aber telefonisch erreichbar. Nun ist unser Büro wieder geöffnet. Auch unsere nächsten Sozialsprechstunden sind bereits terminisiert.



### Sprechstunde mit Sozialberatung

KPÖ-STR. Renate Pacher  
**Dienstag, 9. Juni**  
KPÖ-Parteiheim in Knittelfeld  
Friedensstraße 10, 9.00 bis 11.30 Uhr,  
Vor Anmeldung: 03512/ 82240

### Interessante Videos auf Youtube:

„Die Anstalt“  
politische Satiresendung

„Dr. Daniele Ganser“  
Friedensforscher

## Buchtipps

NAOMI KLEIN



**Naomi Klein**

**Die Schock  
Strategie**

*Der Aufstieg des  
Katastrophen-  
Kapitalismus*

## Kürzen im Gesundheitssystem ist verantwortungslos

Österreich hat im internationalen Vergleich immer noch ein gutes Gesundheitssystem. Aber der Druck, Kürzungen vorzunehmen ist auch bei uns spürbar. Woher kommt dieser Druck und was soll damit erreicht werden?

Mit der „Gesundheitsreform 2013“ wurde die Deckelung der Ausgaben für das Gesundheitssystem beschlossen. Das Wachstum der Gesundheitsausgaben



wurde an das Wachstum des BIP (Bruttoinlandsprodukt) gekoppelt. Das bedeutet, die Gesundheitspolitik darf sich nicht mehr an den Bedürfnissen der Menschen, sondern am Wirtschaftswachstum orientieren.

### EU-Vorgaben wurden umgesetzt

Das ist absurd und menschenverachtend. Sind die Menschen in Zeiten eines sinkenden BIP, oder gar einer Rezession weniger krank? Damit wurden Vorgaben der EU umgesetzt. Die Gesundheitsausgaben wuchsen in den letzten Jahrzehnten jährlich durchschnittlich um 4,8%. 2016 wurde von Bund und Ländern ein „Deckel“ von 3,2% verordnet. Der Unterschied klingt nach wenig, doch die Auswirkungen sind dramatisch.

### 31,3 Milliarden Euro weniger

Wenn die Gesundheitsausgaben Jahr für Jahr um 1,6% zurückhinken werden uns bereits im ersten Jahr nach Einführung des „Deckels“ 448 Gesundheitsmillionen vorenthalten; nach fünf Jahren beträgt der aufgehäufte Fehlbetrag 7,4 Milliarden und nach zehn Jahren bereits unfassbare 31,3 Milliarden Euro.

2016 beschlossen Bund und Länder, dass der „Deckel“ von 3,6% jährlich um 0,1 % auf 3,2% im Jahr 2021 heruntergeschraubt werden soll. Was hier in nüchteren Zahlen dargestellt wird hat im Leben der Menschen bereits schwerwiegende Auswirkungen.

### 4.500 Spitalsbetten weggekürzt

In vielen Bereichen kam es zu massiven Kürzungen und Verschlechterungen. So sank z.B. die Zahl der Akutbetten in den Spitälern im letzten Jahrzehnt um 4.500, 15% der Krankenanstalten wurden geschlossen, Die Zahl der Ärztinnen und Ärzte mit Kassenvertrag ist im letzten Jahrzehnt gesunken, obwohl die Bevölkerung seither deutlich gestiegen ist. 2009 kamen rund, 980 Menschen auf eine KassenärztIn, 2018 waren es bereits 1.079.

Diese Politik war schon vor der Corona-Krise falsch. Die Corona-Krise zeigt, dass die „Deckelung“

der Gesundheitsausgaben völlig verantwortungslos ist. Diese Kürzungspolitik ist aber keine zufällige Fehlentwicklung sondern eine bewusste Weichenstellung in Richtung Privatisierung.

### Es geht um Privatisierung

Das öffentliche Gesundheitswesen wird ausgedünnt. Ziel ist es, die Milliarden der Gesundheitsausgaben in Richtung private Betreiber umzuleiten. Auch in Österreich steigt die Anzahl der Privatkrankenkäuser, die „Zwei-Klassen-Medizin“ ist längst Realität.

Wohin Profitstreben in der Medizin führt hat sich erst vor kurzem gezeigt: ein Oberarzt hat, wegen einem Termin in seiner Privatordination, eine Operation an einen Assistenzarzt übergeben. Der Patient ist daraufhin verstorben, der Oberarzt mittlerweile suspendiert. So etwas darf nicht passieren, das Gesundheitssystem muss jedem die beste Behandlung garantieren.

## Weg mit dem Deckel!

### NIE WIEDER KÜRZEN BEI GESUNDHEIT UND PFLEGE!

Die Solidarwerkstatt hat eine Petition ins Leben gerufen, den Nationalrat zu bewegen, diese „Deckelung“ zu beenden und mehr Geld in Gesundheit und Pflege zu investieren.

**Unterstützen Sie diese Petition!**

**Nähere Informationen: [solidarwerkstatt.at](http://solidarwerkstatt.at)**

## EU-Kommission fordert noch mehr Bettenabbau

Jahr für Jahr fordert die EU-Kommission von Österreich den rascheren Abbau von Spitalsbetten insbesondere im Akutbereich. Das hat Wirkung gezeigt: Im letzten Jahrzehnt wurden in Österreich 4.500 Akutbetten abgebaut.

Zufrieden ist die EU-Kommission damit noch lange nicht. Zuletzt wurde Österreich im „Länderbericht 2019“ erneut kritisiert:

„Die Zahl der verfügbaren Betten in der Akutversorgung (566 Betten je 100 000 Einwohner im Jahr 2015) ist zwar etwas niedriger als zehn Jahre zuvor (643 Betten pro 100 000 Einwohner im Jahr 2005), liegt aber mehr als 40 % über dem EU-Durchschnitt (402).“ (EU-Kommission, Länderbericht Österreich, 27.2.2019)

Dass hinter den Verschlechterungen im Gesundheitswesen die EU-Spardiktate stehen, wird in unseren Medien tunlichst verschwiegen. In Italien ist diese Tatsache jedoch bekannt. Zwei Drittel der ItalienerInnen sehen mittlerweile die EU-Mitgliedschaft ihres Landes als Nachteil, 50% treten für den Austritt ihres Landes aus der EU ein.

## Kein Härtefonds in Zeltweg

Verschiedene Gemeinden planen einen Härtefonds für von Arbeitslosigkeit und Kurzarbeit betroffenen BürgerInnen, bzw. haben bereits einen solchen eingerichtet, so Spielberg und Knittelfeld. KPÖ-Gemeinderat Peter Lorberau hat nachgefragt ob ein solcher auch für die ZeltwegerInnen geplant ist, auch die FPÖ hat dies gefordert.

**Bürgermeister** Günther Reichhold nannte das „Gießkannenprinzip“ und kritisierte auch die anderen Gemeinden. Auch der Antrag der FPÖ wurde abgelehnt. Die KPÖ ist der Ansicht, dass es notwendig ist bedürftigen Zeltwegerinnen und Zeltwegern unbürokratisch helfen zu können.

**Wir** haben bereits über die angespannte Finanzlage der Gemeinden berichtet. Es dürfen nicht nur Betriebe und Konzerne entschädigt werden. Auch arbeitenden und arbeitslosen Menschen, die aufgrund der Corona-Krise in Notlagen geraten muss geholfen werden. Von der Bundesregierung ist hier wenig zu erwarten, also sollten die Gemeinden einspringen

**Die** KPÖ wird dran bleiben und in der kommenden Gemeinderatssitzung, anhand der Erfahrungen anderer Gemeinden, ein Modell vorschlagen.

In diesen Tagen:

**Auf keinen Mensch  
vergessen!**

KPÖ



Unsere Internetadresse:  
[www.kpoe-steiermark.at](http://www.kpoe-steiermark.at)  
KPÖ-Murtal ist auch auf Facebook

Kommentar -  
KPÖ im Landtag

## Corona-Soforthilfe für „Anleger“?

Vor kurzem sorgte ein Fernsehinterview für Aufsehen. Christoph Boschan, Chef der Wiener Börse, verteidigte, dass große Konzerne Gelder aus den Corona-Notmaßnahmen kassieren, aber gleichzeitig Millionen an ihre Aktionäre auszahlen.

Die Hilfe von Bund, Ländern und Gemeinden kostet viele Milliarden. Sie ist lebenswichtig, auch wenn dafür hohe Schulden aufgenommen werden müssen. Umso klarer muss es sein, dass mit diesem Geld kein Missbrauch getrieben werden darf.

Wenn Aktiengesellschaften Geld von der Öffentlichkeit erhalten, muss dieses zur Gänze zur Sicherung der Arbeitsplätze verwendet werden. Die Auszahlung von Dividenden an „Anleger“ kann nicht die Aufgabe der Allgemeinheit sein. AK und Finanzmarktaufsicht haben deshalb Kritik an diesen Plänen geübt. Börse-Chef Boschan verlangte bei der Gelegenheit auch gleich Steuersenkungen nach der Corona-Krise.

Seine Argumentation, die Unternehmen hätten den Steuertopf zuvor gefüllt, ist eine Irreführung. Denn zum einen werden die Hilfgelder mit Schulden finanziert, zum anderen tragen Unternehmen einen immer geringeren Anteil zum Staatshaushalt bei. Der mit Abstand größte Teil der Staatsfinanzen kommt aus der Besteuerung von Löhnen und Gehältern.

Nicht die Konzerne tragen die Hauptlast, sondern die arbeitende Bevölkerung. Es ist skandalös, Wirtschaftshilfe zu kassieren, Kurzarbeit in Anspruch zu nehmen und gleichzeitig Geld an Aktionäre auszuschütten.

So etwas muss klar ausgeschlossen werden. Das gilt ebenso für Konzerne, die in Österreich Geschäfte machen, aber im Land keine Steuern bezahlen.

LAbg. **Klaudia  
Klimt-Weithaler**  
Tel. 0316 / 877-5104  
[ltk-kpoe@stmk.gv.at](mailto:ltk-kpoe@stmk.gv.at)



# Arbeitslosengeld: SPÖ stimmt gegen eigene Forderung

Die Coronavirus-Krise hat die Arbeitslosenzahlen in Österreich auf einen historischen Höchststand anwachsen lassen. In der Steiermark sind derzeit 70.000 Personen arbeitslos oder in Schulungen, 180.000 sind in Kurzarbeit.

**Deshalb** hat die KPÖ im Landtag den Antrag gestellt die Landesregierung solle von der Bundesregierung eine Anhebung des Arbeitslosengeldes auf 70 % des letzten Bezugs fordern. Eine Mehrheit kam aber nicht zustande. Der Antrag wurde von ÖVP, Neos und SPÖ(!) abgelehnt.



„Die Nettoersatzrate soll von 55 auf 70 Prozent erhöht werden“, ist auf der Webseite der SPÖ nachzulesen. Wie so oft stimmte die SPÖ im Landtag gegen eine von ihr selbst erhobene Forderung.

**Hinter** jedem einzelnen arbeitslosen Menschen steht ein Schicksal und eine Existenz. Über eine halbe Million Menschen in Österreich haben jetzt nur mehr etwas mehr als die Hälfte des ursprünglichen Gehalts zur Verfügung, da die Nettoersatzrate beim Arbeitslosengeld nur 55 Prozent beträgt.

**Das** ist schon für eine kurze Zeitspanne schwer zu verkraften, zumal die monatlichen Fixkosten ja nicht weniger werden. Aufgrund der wirtschaftlichen Gesamtsituation sehen nun die Chancen für eine schnelle Wiedereingliederung in den Arbeitsmarkt aber alles andere als rosig aus. Eine Erhöhung des Arbeitslosengeldes ist daher dringend geboten, um auch die Kaufkraft und somit die Wirtschaft wieder anzukurbeln.

**Die** Ablehnung unseres Antrags ist für uns nicht nachvollziehbar, besonders die Haltung der SPÖ ist unbegreiflich. Aus Angst, die ÖVP zu verärgern stimmten die SPÖ-Landtagsabgeordneten aus „Koalitionstreue“ gegen ihre eigene Forderung. Eine „sozialdemokratische“ Partei hätte die Aufgaben den Interessen der arbeitenden Menschen die Treue zu halten.

## Österreich ist Schlusslicht beim Arbeitslosengeld

Von den Corona-Milliarden kommt nur etwa ein Zehntel direkt den arbeitenden Menschen zugute. Dieses Geld fließt in der Regel direkt zurück in den wirtschaftlichen Kreislauf und ist deshalb wichtig, um Kaufkraft und Arbeitsplätze zu erhalten.

**Auch** der ÖGB verweist auf die Notwendigkeit einer Erhöhung des Arbeitslosengeldes: „In Österreich ist das Arbeitslosengeld im Verhältnis zum letzten Nettoeinkommen mit 55 Prozent aber auch international relativ niedrig. Arbeitslose Menschen sind jetzt und waren auch vor der Corona-Krise stark armutsgefährdet. Das durchschnittliche Arbeitslosengeld lag 2018 monatlich bei ca. 960 Euro, das ist deutlich unter der Armutsgrenze von 1.259 Euro.“

**1. MAI**  
TAG DER ARBEITERINNEN:

**KPÖ**

**OHNE UNS GEHT NICHTS!**



**DANKE**

**HEISST SOZIALE ABSICHERUNG!**

**SOLIDARITÄT** MIT DEN ARBEITENDEN!  
**UNTERSTÜTZUNG** FÜR DIE ERWERBSLOSEN!

**Danke** an alle, die in schwierigen Zeiten für uns da sind. Danke an alle Verkäuferinnen, Kindergärtnerinnen, an die Ärzte und ehrenamtlichen Helfer der Einsatzorganisationen. Danke an alle, die mithelfen, dass das Leben in Zeltweg in den letzten Wochen und Monaten weitergegangen ist.

Danke zu sagen ist wichtig. Danke zu sagen reicht allein aber nicht aus. Denn ein „Danke“ braucht auch Gerechtigkeit. Es braucht Solidarität mit den arbeitenden Menschen und Unterstützung für all jene, die in der letzten Zeit ihre Arbeit verloren haben.

Die KPÖ nimmt zu politischen Ereignissen Stellung und ist in vielen Fragen aktiv. Aber selten wird in den Medien darüber berichtet.

Unsere Internetadresse:

[www.kpoe-steiermark.at](http://www.kpoe-steiermark.at)

KPÖ-Murtal ist auch auf Facebook



**Wem kann man heute noch vertrauen?**



**Nächste**

**Gemeinderatssitzungen:**

**31. Oktober und 12. Dezember**

Gemeinderatssitzungen sind öffentlich und können von interessierten BürgerInnen besucht werden.

**Interessante Videos  
auf Youtube:**

**„Die Anstalt“**

politische Satiresendung

**„Dr. Daniele Ganser“**

Friedensforscher

Die Corona-Krise zeigt, wie wichtig eine dezentrale, dichte medizinische Versorgung ist. Staaten, die über mehr Spitalsbetten verfügen, kommen wesentlich besser mit der Pandemie zurecht und können die Maßnahmen schneller lockern als jene, die ihr Gesundheitssystem verkleinert und privatisiert haben.



#### Bitten der Kinder

Die Häuser sollen nicht brennen.  
Bomber sollt man nicht kennen.

Die Nacht soll für den Schlaf sein.  
Leben soll keine Straf sein.

Die Mütter sollen nicht weinen.  
Keiner soll müssen töten einen.

Alle sollen was bauen.  
Da kann man allen trauen.

Die Jungen sollen' s erreichen.  
Die Alten desgleichen.

Bertolt Brecht



Wir wünschen allen  
Zeltwegerinnen  
und Zeltwegern alles  
Gute für 2018,  
Gesundheit,  
soziale Sicherheit  
und Frieden!